



Sachbearbeitung	ZS/F - Finanzen/Beteiligungsverwaltung		
Datum	09.06.2017		
Geschäftszeichen			
Vorberatung	Hauptausschuss	Sitzung am 04.10.2017	TOP
Beschlussorgan	Gemeinderat	Sitzung am 11.10.2017	TOP
Behandlung	öffentlich		GD 930/17

Betreff: Erlass einer Nachtragsatzung der Stadt Ulm für das Haushaltsjahr 2017

Anlagen: 3

Antrag:

Der Gemeinderat beschließt für das Haushaltsjahr 2017 eine Nachtragsatzung nach der Anlage 1 zu GD 930/17.

Heidi Schwartz

Zur Mitzeichnung an:	Bearbeitungsvermerke Geschäftsstelle des
BM 1, OB _____	Gemeinderats:
_____	Eingang OB/G _____
_____	Versand an GR _____
_____	Niederschrift § _____
_____	Anlage Nr. _____

Sachdarstellung:

1. Haushaltsentwicklung

Dem Hauptausschuss und dem Gemeinderat wird über die Entwicklung der städtischen Finanzen laufend berichtet (zuletzt im Gemeinderat am 19. Juli 2017 und mit dem Finanzbericht zum 30. Juni 2017).

Die konjunkturelle Aufwärtsbewegung der deutschen Wirtschaft setzt sich weiterhin fort, wobei das Wachstum hauptsächlich von der Binnenwirtschaft getragen wird. Vor allem der private und staatliche Konsum stiegen kräftig; auch die Investitionen in Bauten und Ausrüstungen sowie sonstige Anlagen wie Forschung und Entwicklung wurden ausgeweitet und tragen zum Wachstum bei. Allerdings bleiben Risiken aus der Gestaltung des Brexit und aus der zukünftigen US-Handelspolitik bestehen. Zudem muss die sogenannte Dieselskandal als ein neues Risiko für die deutsche Wirtschaft eingeordnet werden, ohne dass sich derzeit Auswirkungen konkret abschätzen lassen.

Die Verwaltung hat bei den Ansätzen im Nachtrag 2017 die Auswirkungen der November 2016 / Mai 2017 Steuerschätzung und die laufende Steuereinnahmentwicklung für die Berechnungen zu Grunde gelegt.

Konkret bedeutet dies für den Nachtragshaushalt folgendes:

Die Steuereinnahmen entwickeln sich 2017 aufgrund der wirtschaftlichen Indikatoren weiterhin erfreulich. Bei der Gewerbesteuer kommt es bei den laufenden Erträgen aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung (+17 Mio. €) und aufgrund einmaliger Zahlungen weniger Firmen (+ 6,5 Mio. €) zu nicht geplanten Mehrerträgen. Abzüglich der Zuführung zur FAG-Rückstellung (-3,7 Mio. €) und der Gewerbesteuerumlage (-4,6 Mio. €) verbleiben netto 15,2 Mio. €. Derzeit gibt es keine Anzeichen, dass sich die Gewerbesteuer im Jahr 2017 wesentlich reduziert. Es besteht jedoch in den Folgejahren 2018 ff. ein gewisses Rückzahlungsrisiko bei Steueranpassungen nach unten für hohe Vorauszahlungen aus Vorjahren (siehe Entwicklung der Gewerbesteuer im Haushaltsjahr 2014).

Nach dem Ergebnis der vorliegenden Steuerprognose vom November 2016 / Mai 2017 und der allgemeinen städtischen Steuerentwicklung ist bei der Grundsteuer, bei der Vergnügungssteuer, beim Anteil an der Einkommensteuer, beim Anteil an der Umsatzsteuer und im Bereich der Finanzausgleichszahlungen mit Mehrerträgen (netto +9,4 Mio. €) zu rechnen. Desweiteren kommt es bei den Konzessionsabgaben zu Mehrerträgen.

Neben dieser erfreulichen Entwicklung zeichnet sich bei der Entwicklung der Budgets der Fach-/Bereiche (-0,4 Mio. €) eine Verschlechterung ab.

Die verbleibenden Mehrerträge führen zur Reduzierung der im Haushalt 2017 geplanten Entnahme aus dem "Sparbuch zur Reduzierung der Neuverschuldung" von 29,8 Mio. € auf 2,4 Mio. €.

Zusammengefasst stellt sich die Situation wie folgt dar:

I. Ergebnishaushalt

Verschlechterungen (-)

Unterhalt städt. Gebäude /Anlagen	-0,2	Mio. €
Betriebskostenzuschuss Donaabad GmbH	-1,0	Mio. €
Mehrbedarf Schulkindbetreuung	-0,5	Mio. €
Mehrbedarf Kinderbetreuung	-1,0	Mio. €
Flüchtlinge budgetierter Bereich	-1,2	Mio. €
Vorabdotierte Sozial- und Jugendhilfe (einschl. 0,2 Mio. € Verbesserung Flüchtlinge)	-0,1	Mio. €
Mehrbedarf Budgets	-0,5	Mio. €
Kalkulatorische Kosten (netto)	-0,5	Mio. €
<hr/>		
Verschlechterungen insgesamt	-5,0	Mio. €

Verbesserungen (+)

Gewerbsteuer			
- lfd. Gewerbesteuerzahlungen	17,0	Mio. €	
- einmalige Gewerbesteuerzahlungen	6,5	Mio. €	
- abzgl. Gewerbesteuerumlage	-4,6	Mio. €	
- abzgl. Zuführung Rückstellung FAG 2019	-3,7	Mio. €	
			<hr/>
Gewerbsteuer - netto-Verbesserung	15,2	Mio. €	
Grundsteuer B	0,2	Mio. €	
Einkommensteueranteil/Familienleistungsausgleich	3,3	Mio. €	
Umsatzsteueranteil	0,1	Mio. €	
Vergnügungssteuer	1,0	Mio. €	
Finanzausgleich / netto	9,4	Mio. €	
Konzessionsabgaben	0,3	Mio. €	
Sachkostenbeiträge Schulen	1,6	Mio. €	
Landeszuschuss Kindertageseinrichtungen	0,8	Mio. €	
Soziallastenausgleich	1,2	Mio. €	
Kapitalzuschuss ÖPNV Tarifgemeinschaften	0,8	Mio. €	
Aktivierte Eigenleistungen	0,3	Mio. €	
			<hr/>
Verbesserungen insgesamt	34,2	Mio. €	

Saldo + 29,2 Mio. €

Das veranschlagte Gesamtergebnis des Ergebnishaushaltes verbessert sich um 29,2 Mio. €.

Der Zahlungsmittelüberschuss (Liquidität) aus laufender Verwaltungstätigkeit erhöht sich gegenüber dem Plan 2017 mit 27,5 Mio. € um 33,1 Mio. € auf 60,6 Mio. €.

Die Differenz beruht darauf, dass nicht alle Mittel zahlungsrelevant sind (Zuführung Rückstellungen, aktivierte Eigenleistungen, Kalk. Kosten).

Gesamtergebnis des Ergebnishaushalts	29,2 Mio. €
- Aktivierte Eigenleistungen	- 0,3 Mio. €
- kalk. Kosten	+0,5 Mio. €
- Rückstellung FAG Belastung 2019	+3,7 Mio. €
	<hr/>
	33,1 Mio. €

II. Finanzhaushalt

Verschlechterungen	Mehrbedarf Investitionszuschüsse für Sportgroßprojekte	- 2,8 Mio. €
	Sondertilgung eines städtischen Darlehens	- 2,8 Mio. €
	Sondertilgung EBU-Darlehen an die Stadt entfällt	- 10,0 Mio. €
	insgesamt	<hr/> - 15,6 Mio. €

Verbesserungen	Zahlungswirksame Verbesserung aus Ergebnishaushalt	+ 33,1 Mio. €
	Wenigerbedarf Investitionen (netto, ohne aktiv. Eigenleistungen)	+ 0,3 Mio. €
	weiterer Ausbau von Flüchtlingsunterkünften wird zurückgestellt	+ 9,7 Mio. €
	insgesamt	<hr/> + 43,1 Mio. €

Saldo (Finanzierungsmittelbestand) + 27,5 Mio. €

Die Verbesserung des Finanzierungsmittelbestands in Höhe von 27,5 Mio. € führt zur Reduzierung der im Haushalt 2017 geplanten Entnahme aus dem "Sparbuch" zur Reduzierung der Neuverschuldung von 29,8 Mio. € auf 2,4 Mio. €.

Im Vergleich zum Plan 2017 haben sich die "Sparbücher" Verkehrsentwicklung (Finanzierung der Straßenbahn Linie 2) und Reduzierung Nettoneuverschuldung wie folgt entwickelt:

		31.12.2016	Zugang	Abgang	31.12.2017
		in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €
Verkehrsentwicklung	Bisher: Plan 2017	51,8	0,0	32,0	19,8
	Neu: Nachtrag 2017 *	60,8	0,0	32,0	28,8
Reduzierung Nettoneuverschuldung	Bisher: Plan 2017	76,9	0,0	29,8	47,1
	Neu: Nachtrag 2017 *	97,3	0,0	2,4	94,9
Gesamt	Bisher: Plan 2017	128,7	0,0	61,8	66,9
	Neu: Nachtrag 2017 *	158,1	0,0	34,4	123,7

* Jahresabschluss 2016 (Stand: 31.12.2016)

III. Entwicklung des Schuldenstands

Im Haushalt 2017 konnte die finanzpolitische Zielvorgabe des Gemeinderats, grundsätzlich keine neuen Schulden aufzunehmen, weiterhin eingehalten werden. Die geplante Kreditaufnahme entspricht der Tilgung von 8,1 Mio. €. Aufgrund der Entwicklung des Nachtrags kann die im Haushalt 2017 vorgesehene Tilgung von 8,1 Mio. € um 2,8 Mio. € auf 10,9 Mio. € erhöht werden. Zudem wird die im Rahmen des Jahresabschlusses 2016 gebildete Kreditermächtigung i. H. v. 4,5 Mio. € (von 2016 nach 2017) nicht in Anspruch genommen.

Die geplante Nettoschuldenreduzierung 2017 beläuft sich damit auf insgesamt **2,8 Mio. €**. (ohne Inanspruchnahme der gebildeten Kreditermächtigung aus 2016 nach 2017 mit 4,5 Mio. €).

Reduzierung der Neuverschuldung:

	31.12.2016	Plan Zugang	Plan Abgang	31.12.2017
	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €	in Mio. €
Bisher: Plan 2017:	129,0	8,1	-8,1	129,0
Erhöhung der Tilgung im Nachtrag:			-2,8	
Neu: Nachtrag 2017:*	121,6	8,1	-8,1	118,8

* Jahresabschluss 2017 (Stand: 31.12.2017)

Die vom Gemeinderat oder von den Gemeinderatsgremien beschlossenen Änderungen und alle weiteren wesentlichen Planabweichungen sind im Entwurf des Nachtragshaushaltsplans enthalten und im Vorbericht detailliert dargestellt und erläutert. Außerdem ist eine Auflistung der Veränderungen im Ergebnishaushalt sowie im Finanzhaushalt beigefügt (ohne haushaltsneutrale Verrechnungen und budgetneutrale Umschichtungen).

2. Ergebnishaushalt

2.1. Die Eckdaten des fortgeschriebenen Ergebnishaushalts 2017 (Gesamtplan) sind:

	Ansatz neu Euro	Ansatz bisher Euro	mehr/weniger Euro
<u>Erträge</u> (+) Verbesserung, (-) Verschlechterung)			
Steuern und ähnliche Abgaben	243.395.000	215.345.000	+28.050.000
Lfd. Zuwendungen (Zuschüsse/Zuweisungen)	156.218.300	142.223.500	+13.994.800
Gebühren und ähnl. Abgaben	25.236.200	25.046.200	+190.000
Erträge aus Verwaltung und Betrieb	69.455.600	75.855.200	-6.399.600
Aktivierete Eigenleistungen	985.100	650.600	+334.500
<u>Ordentliche Erträge</u>	<u>495.290.200</u>	<u>459.120.500</u>	<u>+36.169.700</u>
<u>Aufwendungen</u> (-) Verschlechterung, (+) Verbesserung)			
Personal-/Versorgungsaufwendungen	-126.943.900	-126.451.100	-492.800
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-74.309.200	-74.935.700	+626.500
Planmäßige Abschreibungen	-39.707.300	-38.908.000	-799.300
Transferaufwendungen	-200.650.360	-194.617.860	-6.032.500
Sonstige Finanzaufwendungen	-22.944.440	-22.702.040	-242.400
<u>Ordentliche Aufwendungen</u>	<u>-464.555.200</u>	<u>-457.614.700</u>	<u>-6.940.500</u>
<u>Ordentliches Ergebnis</u>	<u>30.735.000</u>	<u>1.505.800</u>	<u>+29.229.200</u>

2.2. Die Zuschussbudgets der Fach-/Bereiche und die Allgemeinen Finanzmittel verändern sich wie folgt (Anlage 2)

	Erträge Euro	Aufwendungen Euro	mehr/weniger * Euro
Bereich Oberbürgermeister	182.500	693.200	-510.700
Bereich Zentrale Steuerung	0	167.000	-167.000
Bereich Zentrale Dienste	0	82.000	-82.000
Bereich Bürgerdienste	0	0	0
Fachbereich Kultur	0	0	0
Fachbereich Bildung und Soziales	266.200	53.200	+213.000
Vorabdotierte Sozial- und Jugendhilfe	-1.995.000	-1.915.000	-80.000
Fachbereich Stadtentwicklung, Bau und Umwelt	639.500	-402.200	1.041.700
Fachübergreifend (Gebäude)	<u>436.500</u>	<u>1.212.300</u>	<u>-775.800</u>
Wenigerbedarf Fach-/Bereiche	-470.300	-109.500	-360.800
Allgemeine Finanzmittel	<u>36.640.000</u>	<u>7.050.000</u>	<u>+29.590.000</u>
Veranschlagtes Gesamtergebnis	36.169.700	6.940.500	+29.229.200

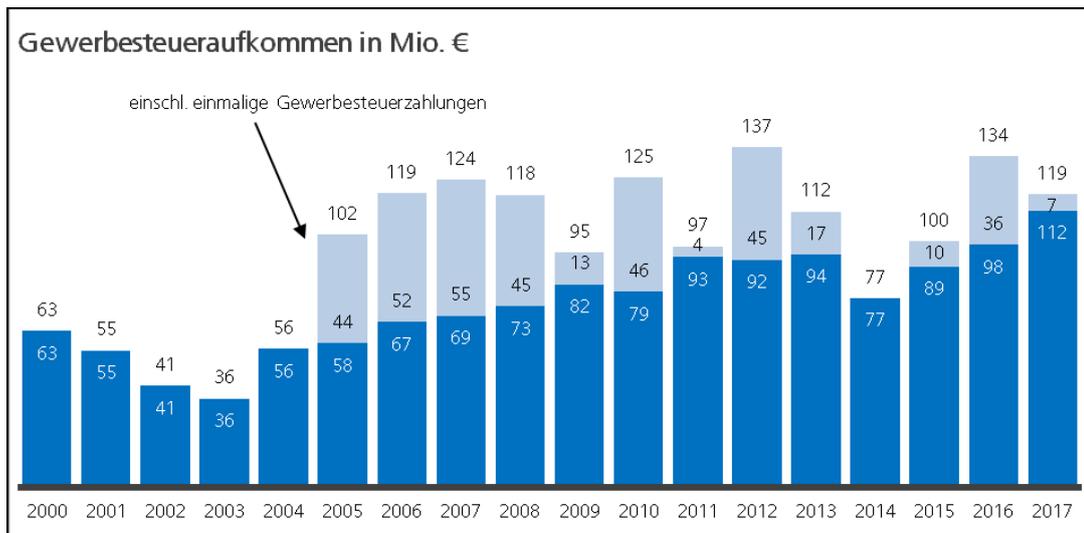
* (-) Erhöhung Zuschussbedarf, (+) Reduzierung Zuschussbedarf

2.3. Im Einzelnen:

2.3.1. Gewerbesteuer

Die Gewerbesteuererträge werden überwiegend geprägt von nicht planbaren einmaligen Zahlungen einiger weniger Firmen und von den Auswirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung.

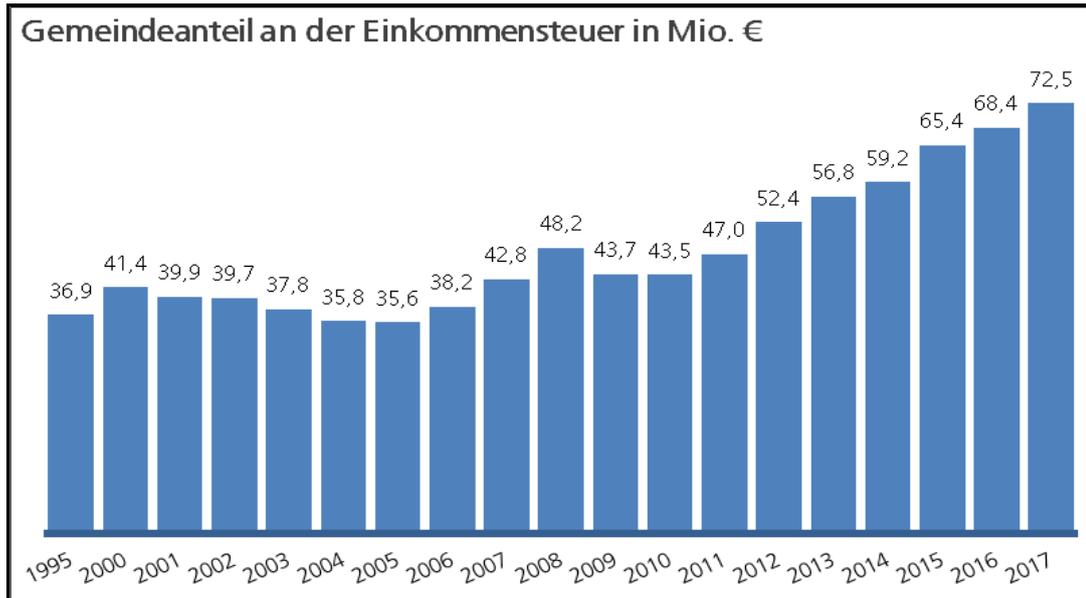
Bei den laufenden Gewerbesteuererträgen kommt es konjunkturbedingt zu Mehrerträgen. Insbesondere Steigerungen bei den laufenden Vorauszahlungen führen zu diesem positiven Ergebnis. Derzeit gibt es keine Anzeichen, dass sich die Gewerbesteuer im Jahr 2017 wesentlich reduziert. Es besteht jedoch in den Folgejahren 2018 ff. ein gewisses Rückzahlungsrisiko für Steueranpassungen nach unten für hohe Vorauszahlungen aus Vorjahren (siehe Entwicklung der Gewerbesteuer im Haushaltsjahr 2014).



2.3.2. Finanzaufweisungen / Einkommen-/Umsatzsteueranteil

Nach den Ergebnissen der Mai-Steuerschätzung 2017 teilt das Ministerium für Finanzen Baden-Württemberg mit, dass für die Kommunen mit höheren Erträgen bei der Einkommensteuer, bei der Umsatzsteuer, bei den Schlüsselzuweisungen und laufenden Zuweisungen zu rechnen ist (Schreiben des Ministeriums für Finanzen Baden Württemberg vom 17.05.2017). Ausschlaggebend ist die gute gesamtwirtschaftliche Entwicklung.

Die Entwicklung des Einkommensteueranteils zeigt folgendes Bild:



2.3.3. Personalaufwendungen

In der Haushaltsplanung 2017 wurden die beschlossenen tariflichen Erhöhungen berücksichtigt:

Die Entgelte für die Beschäftigten des TvöD erhöhen sich ab dem 01.02.2017 um 2,35%.

Durch Inkrafttreten der neuen Entgeltordnung zum 01.01.2017 ist eventuell mit Mehraufwendungen zu rechnen. Da die Beschäftigten bis zum 31.12.2017 Anträge auf Überleitung in die neue Entgeltordnung stellen können, wurde im Nachtrag keine Erhöhung der Personalaufwendungen geplant.

Die Beamtenbezüge steigen 2017 um 2,0% und zwar zeitlich verzögert für die Besoldungsgruppe bis A9 zum 01.03.2017, für A10+A11 zum 01.05.2017 und für die übrigen Besoldungsgruppen zum 01.06.2017. Dabei erhalten Beamte mit einer Besoldung von unter 3.750 € mind. 75 € mehr.

Änderungen ergeben sich beim EU-Projekt "DA Space" (+75 T€), im Bereich der Fortschreibung Verlässliche Grundschule / Ganztagesbetreuung (+110,4 T€), im Bereich städt. Kindertageseinrichtungen (+38,4 T€) und aus dem Projekt "Bundesprogramm Sprach-Kitas" (+269 T€).

2.3.4. Bereich Flüchtlinge

Zusammengefasst stellt sich die Fortschreibung folgendermaßen dar:

- Nettowenigeraufwand im Bereich vorabdot. Flüchtlingshilfe ¹⁾ :	-180.000 €
- Nettomehraufwand im budgetierter Bereich (Unterbringung/Betreuung) ²⁾ :	+1.154.700 €
Mehraufwand im Ergebnishaushalt	+974.700 €
Wenigerbedarf im Finanzhaushalt (weiterer Ausbau von Flüchtlingsunterkünften wird zurückgestellt)	-9.700.000 €
Gesamt	-8.725.300 €

¹⁾ Die Reduzierung im Bereich der vorabdotierten Flüchtlingshilfe resultiert aus dem Rückgang der Flüchtlingszahlen.

²⁾ Hauptsächlich für den Mehrbedarf im budgetierten Bereich ist ein deutlicher Rückgang der Erstattungen aufgrund geringerer Zuweisungen sowie gleichzeitig auslaufender Pauschalen für die Kostenerstattung in der vorläufigen Unterbringung

und die Zunahme von Flüchtlingen aus Afrikanischen Ländern, die in der Anschlussunterbringung verbleiben und weiterhin Asylbewerberleistungen erhalten. Diese Asylbewerberleistungen werden nicht erstattet.

2.3.5. Sozial- und Jugendhilfe

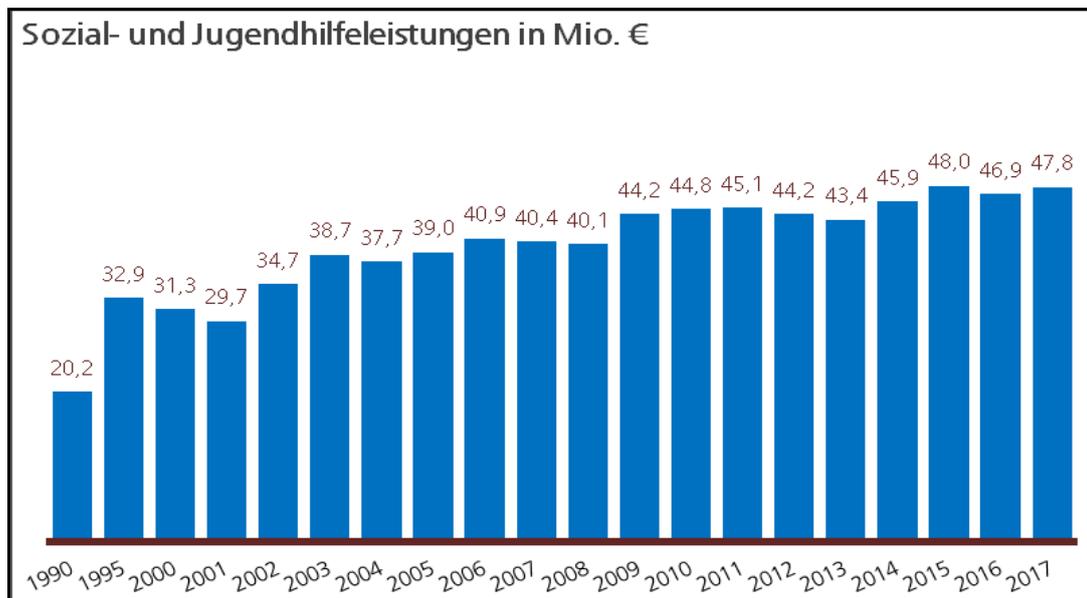
Bei den Sozial- und Jugendhilfaufwendungen spiegelt sich die derzeitige gesamtwirtschaftliche Entwicklung wieder.

Im Bereich der Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) macht sich ein deutlicher Fallzahlenanstieg im Vergleich zum Vorjahr bemerkbar. Die Fallzahlen werden im Laufe der zweiten Jahreshälfte voraussichtlich weiter zunehmen, da zahlreiche anerkannte Flüchtlinge aus dem AsylBLG fallen und Leistungen nach dem SGB II erhalten werden. Die Aufwendungen, die durch die Übergänge von zahlreichen Flüchtlingen ins SGB II entstehen, werden jedoch vonseiten des Bundes ausgeglichen. Der im Haushalt 2017 veranschlagte Zuschussbedarf wird voraussichtlich ausreichen. Die Aufwendungen und Fallzahlen in der Jugendhilfe sind im Vergleich zum Vorjahr leicht angestiegen. Dies liegt unter anderem an der weiterhin steigenden Zahl unbegleiteter minderjähriger Ausländer/innen (UMA). Hier erfolgt eine fast kostendeckende Erstattung durch das Land. Der geplante Zuschussbedarf wird aus heutiger Sicht ausreichend sein.

Bei den Leistungen nach dem SGB XII haben sich die Erträge und Aufwendungen bisher erwartungsgemäß entwickelt. Erhöhungen der Regel- und Vergütungssätze sowie ein weiterer Fallzahlenzuwachs v.a. in der Grundsicherung für Ältere und Erwerbsgeminderte und der Eingliederungshilfe können zu steigenden Aufwendungen führen.

Der Fachbereich geht jedoch davon aus, dass der an diese Entwicklung angepasste, derzeitige Haushaltsansatz nicht zuletzt wegen der Steuerungsmaßnahmen wie Fall- und Ressourcenmanagement ausreichen wird.

Nach derzeitiger Hochrechnung kommt es im gesamten vorabdotierten Bereich der Sozial- und Jugendhilfe zu einem Mehrbedarf von 80 T€ einschließlich der Verbesserung im Bereich des Asylbewerberleistungsgesetzes von 180 T€.



3. Finanzhaushalt

3.1. Die Eckdaten des fortgeschriebenen Finanzhaushalts sind (Anlage 3):

	Ansatz neu Euro	Ansatz bisher Euro	mehr/weniger Euro
<u>Einzahlungen aus Investitionstätigkeit</u> (+) Verbesserung, (-) Verschlechterung)			
Investitionszuwendungen	8.868.000	10.727.000	-1.859.000
Investitionsbeiträge und ähnl. Entgelten	2.617.000	2.617.000	0
Veräußerung von Sachvermögen	15.007.000	15.007.000	0
Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeiten	3.832.300	13.640.000	-9.807.700
	<hr/>	<hr/>	<hr/>
	30.324.300	41.991.000	-11.666.700
<u>Auszahlungen aus Investitionstätigkeit</u> (-) Verschlechterung, (+) Verbesserung)			
Erwerb von Grundstücken u. Gebäuden	-35.900.000	-35.900.000	0
Baumaßnahmen	-40.173.000	-50.973.000	+10.800.000
Erwerb von beweglichen Sachen	-7.473.300	-7.575.800	+102.500
Erwerb von Finanzvermögen	-37.000.000	-37.000.000	0
Investitionsfördermaßnahmen	-7.851.400	-5.748.000	-2.103.400
	<hr/>	<hr/>	<hr/>
	-128.397.700	-137.196.800	+8.799.100
Saldo aus Investitionstätigkeit	-98.073.400	-95.205.800	-2.867.600

3.1.1. Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeiten:

Sondertilgung des EBU-Darlehens an die Stadt entfällt.

3.1.2. Investitionsfördermaßnahmen:

Mehrbedarf überwiegend wegen Bezuschussung der Großbausportprojekte (vorbehaltlich der Beschlussfassung durch den Gemeinderat).

3.1.3. Investitionen:

Entwicklung der Baumaßnahmen:

1. Neue Maßnahmen

7.21100114	Neubau Grundschule Eichenplatz, Planungsrate	+100.000 €
7.21100310	A.-Stifter Schule, Neubau Mensa/Betreuung, Umschichtung von 7.21100111 wegen Zusammenfassung der Maßnahmen	+50.000 €
7.21200302	Erweiterung Mensa Astrid-Lindgren Schule, Planungsrate	+100.000 €
7.21300009	Fried.-List-Schule, Sanierung Hauptgebäude, Planungsrate	+50.000 €
7.36500007	KITA Brandenburgweg, Neubau als Ersatz, Planungsrate	+50.000 €

7.36500008	KITA Neunkirchenweg, Erweiterung und Sanierung, Planungsrate	+100.000 €
7.36500013	Umbau Haus VII der Flüchtlingsunterkunft Böfinger Weg 3 für Zwecke einer KITA, FBA-Beschluss vom 05.07.2017	+150.000 €
7.54100064	Elektr. Südbahn, Umbau Bahnübergang Einsingen, Ausführungsplanung, FBA-Beschluss 07.03.2017	+48.000 €
7.54100067	Neuordnung der Entwässerung B 10, Planungsrate	+50.000 €
7.54100070	Blaubeurer Tor-Kreisel, Umbau	+100.000 €
7.55100015	Sanierung kleine Ehinger Anlage - Glacispark, Maßnahme wird vorgezogen	+250.000 €
7.55200005	Verlegung Verdolung Örlinger Bach im Bereich des Tierheims, FBA-Beschluss vom 07.02.2017, GD 037/17	+385.000 €
zusammen		+1.433.000 €

2. Erhöhung der Bauraten (schnellerer Mittelabfluß, Kostenfortschreibungen)

7.21100614	A.-Essinger Schulzentrum, Erweiterung, Erhöhung Planungsrate	+300.000 €
7.21300007	Erweiterung Fried.-List-Schule, Kostenfortschreibung GR-Beschluss vom 19.07.2017, GD 251/17	+200.000 €
7.31400019	Flüchtlingsunterbringung weitere Plätze, angefallene Planungskosten	+150.000 €
7.54100029	Einrichtung eines öff. Fahrradleihsystems, Erhöhung Planungskosten	+60.000 €
7.54100039	Citybahnhof Ulm, Kosten für außergerichtliche Einigung wegen Bahnhofsvordach, OB-Eilentscheidung vom 10.08.2017	+290.000 €
7.54100047	Sanierung Einsteinstraße, Mehrbedarf, Kostenfortschreibung erforderlich	+250.000 €
7.54100058	Sanierung Herdbrücke, Kostenfortschreibung FBA-Beschluss vom 25.04.2017, GD 137/17, Deckung von 7.54100049 - Sanierungskonzept Ing. Bauwerke	+390.000 €
7.54100061	Promenadenbrücke Austausch Überbau, Kostenfortschreibung erforderlich	+500.000 €

7.54100804	Erschließung Straßen, Mehrbedarf für Erschließung Hindenburgkaserne	+300.000 €
7.55100002	Glacispark, Ermächtigungsübertrag 2016 rechtlich nicht möglich, daher Neuveranschlagung	+40.000 €
zusammen		+2.480.000 €

3. Reduzierung / Umschichtungen von Bauraten

7.26100001	Theater Sanierung, haushaltsneutrale Mittelumschichtung wegen Bestuhlung	-705.000 €
7.21100108	Grundschule Eichenplatz, Neubau Mensa, Maßnahme wird mit neuer Maßnahme 7.21100114 - GS Eichenplatz, Erweiterung und Umbau fortgeführt	-900.000 €
7.21100111	Adalb.-Stifter GHS, Erweiterung Klassenräume, Maßnahme wird mit Maßnahme 7.21100310 - A.-Stifter Schule, Neubau Mensa/Betreuung zusammengefasst	-50.000 €
7.31400015	Flüchtlingsunterbring. Neubau weit. Plätze, weiterer Ausbau wird vorerst zurückgestellt,	-9.800.000 €
7.52300002	Wilhelmsburg Theater Infrastruktur, Deckung f. 7.52300006, GR-Beschluss vom 30.05.2017	-80.000 €
7.12600003	Digitalfunk, Verzögerung, Neuveranschlagung in Folgejahren	-250.000 €
7.54100012	OD L240 Donaustetten, Maßnahme wird verschoben	-100.000 €
7.54100026	Lärmschutzprogramm, verzögerter Mittelabfluß	-450.000 €
7.54100028	Verkehrsanbindung Wilhelmsburg, Mittel werden zur Finanzierung Projekt 7.52300005 - Wilhelmsburg - Sanierung Innenhof 1. Bauabschnitt zur Verfügung gestellt	-80.000 €
7.54100042	Neugestaltung Keltergasse, Planung erfolgt in Zusammenhang Sedelhöfe	-50.000 €
7.54100049	Sanierungskonzept Ing. Bauwerke, Deckung für: 7.541000058 - San. Herdbrücke: 390 T€, 7.541000061 - Promenadenbrücke: 100 T€	-490.000 €
7.54100051	Sanierung Ochsen-gasse, Maßnahme wird geschoben	-650.000 €

7.54100052	Verlegung Rampe Schillerstraße, Maßnahme wird geschoben	-430.000 €
7.54100063	Sanierung Ludwig-Erhard-Brücke, Maßnahme wird geschoben	-550.000 €
7.54108500	Radwegebau, geplante Maßnahmen 2017 im Ergebnishaushalt , Umschichtung zu Kostenstelle 750610, FBA-Beschluss vom 27.06.2017	-80.000 €
7.55100001	Bürgerpark Oberer Eselsberg, verzögerter Mittelabfluß	-48.000 €
zusammen		-14.713.000 €
Gesamtsumme		-10.800.000 €

Die Entwicklung der Investitionen zeigt folgendes Bild:

